

## **Einige Anmerkungen zum Papier „Anders leben, anders arbeiten, anders kämpfen“ von Christoph Spehr**

Das Papier von Christoph Spehr bietet eine gute Ausgangsposition, weiter über Ziele und Ausrichtung einer Emanzipatorischen Linken zu diskutieren. Im folgenden soll es daher, um im Diskussionsprozess forzuschreiten, nicht um die vielen guten und richtigen Punkte gehen, sondern um solche, die mir unklar sind oder die ich so nicht teilen würde. Zur Besserung Nachvollziehbarkeit werde ich mich dabei an der Chronologie von Christophs Papier orientieren.

[ad 1] Sicherlich spielt das persönliche Empfinden eine entscheidende Rolle in der Frage, ob einer Gesellschaft Pathologien und Entfremdungszustände zu attestieren sind. Es scheint mir jedoch zu weit zu gehen, Emotionen und Empfindungen die Begründungsverantwortung für eine andere Gesellschaft aufzubürden, wie es die Überschrift des ersten Abschnitts und [1] zumindest nahe legen. Wäre dem so, entstünde mit dem Nachweis dem entgegenstehender Emotionen bereits ein argumentatives Patt.

[ad 2] Der freien Entfaltung individueller und gesellschaftlicher Potentiale stehen viele Dinge entgegen. Gegenkräfte (wenn dies auch etwas unterbestimmt ist) und Herrschaftsinteressen sind wichtige, aber nicht die einzigen Gründe. Wir scheinen uns nicht in einer Situation zu befinden, in der die Gesellschaft nach Kooperation und Entfaltung strebt und nur daran scheitert, in jedem Moment durch Herrschaftsinteressen daran gehindert zu werden. Genauso wenig gibt es *die* uniformen Herrschaftsinteressen, die einheitlich in eine Richtung streben.

Noch widersprüchlicher als die Herrschaftsinteressen scheint mir der bürgerliche Staat verfasst zu sein, weswegen eine alleinige Charakterisierung als „autoritär“ vereinseitigend ist. Der Staat ist doch eher ein komplexes Feld von Kräfteverhältnissen, welches zwar tendenziell bestehende Kräfteverhältnisse schützt, genauso schützt er aber einige mindestens formale Freiheits- und Grundrechte, die als historischer Fortschritt zu kennzeichnen sind. Nicht zuletzt versuchen wir als jene, die (auch) eine Partei als Ort politischer Organisation gewählt haben, den Staat auch als umkämpftes Feld wahrzunehmen, ohne dabei in die Extreme eines naiven Voluntarismus („Die anderen Parteien sind eben korrupt und man muss nur das richtige wollen, dann lässt sich das auch in Regierungspolitik umsetzen“) oder aber eines plumpen Determinismus („Staat als Agentur der herrschenden Klasse“) zu verfallen.

[ad 4] Die Veränderung der Welt ist keine rein theoretische Aufgabe, sondern bedarf einer Praxis. Allerdings ist nicht jede Praxis, und auch nicht jede zur derzeitigen Gesellschaftsordnung in Opposition stehende Praxis auch progressiv und emanzipatorisch.

Die Welt muss richtig interpretiert *und* verändert werden. Daher scheint mir eine Vereinseitigung der „Agenda der Befreiung“ auf soziale Kämpfe und Emanzipationsbewegungen nicht hinreichend. Jede Praxis muss sich an der Frage messen lassen, in wie weit sie einen Beitrag zu einer Veränderung *in Richtung Emanzipation* leisten kann. Es ist unsere Aufgabe, hierfür Standards zu entwickeln, die wir ohne den Rekurs auf Bücher (sicher nicht nur blaue) und auch theoretische Auseinandersetzungen nicht werden lösen können. Eine Partei *kann* dabei eine wichtige Rolle spielen, nicht nur weil sie an der Schnittstelle zwischen gesellschaftlicher Organisation und Staatlichkeit operiert, sondern auch, weil sie besondere Möglichkeiten hat, emanzipatorische Ideen zu artikulieren und andere Konzepte von Gesellschaft hörbar zu machen.

[ad 5] Sowohl die seit den 70er Jahren immer mehr abgelöste fordistische Produktions- und Lebensweise als auch ihre neoliberale Nachfolgerin sind widersprüchlich verfasst und enthalten Komponenten die wir mehr und die wir weniger wünschenswert finden. Der Fordismus bot, zumindest in den Industrienationen, relative soziale Sicherheit, allerdings zum Preis einer starren Gesellschaftsordnung, die vor allem an der Kleinfamilie und dem männlichen Ernährer orientiert war. Während der Neoliberalismus erfüllendere Erwerbstätigkeiten und eine Diversifizierung von Lebensweisen ermöglicht, bringt er eine immer stärker werdende soziale Ungleichheit und normative Orientierungslosigkeit mit sich. Die Widersprüchlichkeit gerade des Neoliberalismus lässt sich jedoch kaum dergestalt beschreiben, dass die positiven Veränderungen allein von unten erkämpft, die negativen von oben oktroyiert wurden. Vielmehr scheinen mir die Ursachen für den Übergang zum Postfordismus multifaktoriell zu sein und mit einem komplexen Feld von Ursachen wie veränderten ökonomischen Anforderungen, stärker werdenden individuellen Bedürfnissen, Bildungsexpansion, Emanzipation von Frauen und vielem mehr zusammenzuhängen. Ein und dieselbe Entwicklung kann so sehr unterschiedlich wahrgenommen werden. Die neu gewonnene Freiheit der einen kann die Orientierungslosigkeit des anderen sein. Deswegen nutzt eine formale Möglichkeit lediglich den ohnehin Privilegierten und bleibt für andere ohne materiale Ermöglichung in weiter Ferne. Eher an dieser Stelle liegt die Oben-Unten-Dichotomie.

[ad 6] Die Individualisierung sozialer Rechte und der Übergang von einem normierenden zu einem demokratischen Sozialstaat ist sicherlich einer der wesentlichen Konsense innerhalb der Emanzipatorischen Linken und unterscheidet uns von jenen, die den Sozialstaat der 70er-Jahre zurück haben wollen. Es herrscht jedoch Uneinigkeit darüber, ob das sinnvollste Instrument hierzu ein bedingungsloses Grundeinkommen ist. Dieser Punkt sollte also zunächst offen bleiben. Gleichwohl sollten wir zeitnah unsere Vorstellungen eines demokratischen Sozialstaats konkretisieren.

Globale soziale Rechte sind in einer mobiler werdenden Welt dringen vonnöten und eine Absage an einen protektionistischen Nationalismus. Mit der Benennung eines solchen

Vorhabens fängt die Arbeit jedoch erst an. Auf welcher Ebene können GSR installiert werden (was soll also Anerkennung und Gewährleistung von den Nationalstaaten hier bedeuten)? Wie verhält sich eine solche Forderung zur ‚Gleichzeitigkeit des Ungleichen‘, die in den verschiedenen Entwicklungsformen der globalen Gesellschaften liegt? Wie verhalten sich zivilgesellschaftliche Instanzen, Nationalstaatlichkeit und Supranationalstaatlichkeit zueinander und auf welcher Ebene liegen welche emanzipatorischen Handlungsfelder?

[ad 7] Die Naturalisierung des Sozialen ist nicht historisch erledigt, sondern hat ihre Gestalt verändert. Einstmals natürliche Autoritäten wie Staat, Kirche und Familie haben diese ein Stück weit eingebüßt. An ihre Stelle ist jedoch nicht eine bewusste Organisation des Sozialen durch die Individuen getreten. Stattdessen sorgen andere Imperative, etwa ökonomischer Natur, dafür, dass sich die Organisation des Sozialen hinter dem Rücken der Menschen abspielt.

[ad 8] Wie bereits in [ad 5] dargelegt, ist die Diversifizierung von Lebensweisen nicht nur von Bewegungen erkämpft worden, sondern Ergebnis vielfältiger Veränderungen im Kapitalismus.

[ad 11 und 13] Die kapitalistische Produktionsweise als irrational zu bezeichnen ist verzerrend. Rationalität in welcher Hinsicht ist gemeint? Geht es um die Frage der Bedürfnisbefriedigung, so kann man vielleicht von einer eingeschränkten Rationalität sprechen. Jene Bedürfnisse werden erfasst und befriedigt, die sich in einer profitträchtigen Nachfrage artikulieren und dies gelingt offensichtlich besser als in bisher gesehenen zentralistischen Planwirtschaftsmodellen. Zugleich bleiben jene Bedürfnisse und Anforderungen außen vor, die sich wegen fehlendem ökonomischen Kapital nicht artikulieren können oder aber individuell rational, aber gesellschaftlich (z.B. ökologisch) irrational sind. Rationalität in diesem Sinne muss Kapitalismus tatsächlich „von außen aufgezwungen“ werden.

[ad 12, 14 und 15] Die Erweiterung der Demokratie und des gesellschaftlichen Verfügungsbereichs unter Einschluss von Wirtschaft und Produktionsweise ist aus sozialen wie ökologischen Gründen erstrebenswert und notwendig. Die Verbreiterung von Demokratie kann dabei nur als Lernprozess funktionieren, in der die Menschen sich nach und nach Ermächtigen, bisher anonym verlaufende Prozesse selbst in die Hand zu nehmen. Gleichwohl werden auch hier weiterhin Widersprüche auszuhalten sein zwischen den Interessen von lokalen Produzenten, gesamtgesellschaftlichen bis supranationalen Bedürfnissen und ökologischer Nachhaltigkeit. Zielkonflikte sind nicht nur Ausdruck von Irrationalität, sondern auch „real“ existent. Daher muss auch hier detaillierter der Frage nachgegangen werden, was „radikale Mitbestimmung“ bedeuten und auf welcher Ebene was entschieden werden soll. In welcher Form und mit welcher Reichweite Bewegungen und

Sozialforen demokratische Entscheidungsträger sein soll, vermag ich mir auf den ersten Blick nicht vorzustellen.

[ad 19, 20 und 22] Wie bereits gesagt halte ich es für mindestens verkürzend, alle Errungenschaften Bewegungen zuzuschreiben. Neben der Vielfalt an Ursachen für Transformationsprozesse ist auch ein Bild „schlechte Partei – gute Bewegung“ schief. So richtig eine Kritik an der Tendenz zur Machtförmigkeit klassischer Organisationsformen ist, so naiv ist es zu glauben, dieses Problem sei durch die Organisationsformen von jüngeren Bewegungen gelöst worden. Vielmehr haben alle komplexeren Ansammlungen von Menschen mit diesen Problemen zu kämpfen, Parteien wie Sportvereine, Bewegungen wie Gesellschaften. Gerade in Bewegungsorganisationen mit basisdemokratischem Selbstverständnis bilden sich häufig informelle Machstrukturen heraus, die sich einer klaren Benennbarkeit entziehen. Einen Emanzipatorische Linke, die glaubt, alle Machtverhältnisse in ihrer Organisation abschaffen zu können, wäre naiv und stünde diesem Projekt letztlich sogar kontraproduktiv gegenüber. Stattdessen wird ein Bewusstsein für verschiedene Formen von Macht benötigt, mit dem Ziel, alle zur Teilhabe und Mitgestaltung zu befähigen. Dazu ist aber zuvorderst ein Bewusstsein für solche Machtverhältnisse nötig und nicht das Verschwindenlassen in den informellen Strukturen abstrakter ‚Basisdemokratie‘. Wir brauchen transparente Strukturen und Verfahrensweisen, die Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse nachvollziehbar machen und mit einem Bildungsanspruch verbunden sind, der Unterschiede nicht negiert, sondern zu nivellieren versucht.

Über die genaue Rolle einer Partei unter den verschiedenen (zumindest potentiell) emanzipatorischen Kräften wird noch ausführlich zu diskutieren sein (ein paar kleine Anmerkungen dazu hatte ich weiter oben gemacht). Absurd wäre jedoch ein Engagement in Parteien, wenn es zutreffend wäre, dass Politik Meinungs- und Machtverhältnisse nur abbildet, während sie durch Bewegungen real verändert werden. Lügen die wesentlichen Ressourcen tatsächlich außerhalb der Partei, sollte man sich zuvorderst auch außerhalb einer Partei engagieren. Eine Partei ist aber in erster Linie Partei und nicht Schnittstelle für oder Finanzier von Bewegungen. Als solche hat sie spezifische Interventionsmöglichkeiten (z.B. finanzielle und infrastrukturelle Ressourcen, öffentliche Wahrnehmung), aber auch spezifische Probleme (z.B. Trend zur Vermachtung und ‚Verstaatlichung‘). Daher hat sie, soll sie als wesentlicher Akteur zu einer progressiven Hegemonie beitragen, auch besondere Aufgaben, die sich nicht auf außer ihr liegendes reduzieren lassen.

Dominik Düber, 11. März 2009